

Laibacher Zeitung.

Nr. 276.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Samstag, 30. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 kr., 2 mal 80 kr., 3 mal 100 kr.; sonst pr. Zeile 1 m. 6 kr., 2 m. 8 kr., 3 m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

Mit 1. Dezember

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Dezember 1872:

Im Comptoir offen	fl. 92 kr.
Im Comptoir unter Couvert	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Mit Post unter Schleifen	1 " 25 "

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr v. Lasser! Ich finde Mich bestimmt, den Reichsrath zur Wiederaufnahme seiner Thätigkeit auf den 12. Dezember d. J. einzuberufen, und beauftrage Sie, hienach das Entsprechende zu veranlassen.

Wien, 26. November 1872.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Lasser m. p.

Der Minister des Innern hat über Einschreiten des ersten allgemeinen Beamtenvereins der österreichisch-ungarischen Monarchie im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien dem Herrn Karl Friedrich Hellmann Ritter v. Norwiss, Präsidenten jenes Vereines, die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Baugesellschaft des ersten allgemeinen Beamtenvereins der österreichisch-ungarischen Monarchie“ mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien der Frau Amalie Freiin Pasqualati, dann den Herren Heinrich Schirmer, Dr. L. Springer und Johann B. Klerer auf Grund der der Erstgenannten mit der Allerhöchsten Entschließung vom 24. Oktober 1860 verliehenen Concession die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft zum Bause und Betriebe eines ständigen Theaters in Wien unter der Firma „Wiener Theater-Actiengesellschaft“ mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Georg v. Bartal, Dr. G. Ad. Ungár-Szentmiklósy, Thomas Nowak, Wilhelm Tierhier, Dr. Ignaz Haas, Karl Fürsten Jablonowski, Wenzel De La Glio, Franz Kazda, Ferdinand Teichert und Johann Leopold der Errichtung einer Actiengesellschaft für die fabriksmäßige Erzeugung und den Betrieb von Bestandtheilen und Reservesäcken der Fahrbetriebsmittel von Eisenbahnen unter Firma „Reserve“ mit dem Sitz in Wien bewilligt und deren Statuten genehmigt. (Wegen Unvollständigkeit in Nr. 268 wiederholt abgedruckt.)

Der erste Präsident des k. k. Obersten Gerichtshofes hat die bei demselben erledigte Hofsecretärsstelle dem Rathsscretärs-Adjuncten dieses Gerichtshofes Dr. Stephan Seidler und die hiedurch in Erledigung gekommene Rathsscretärs-Adjunctenstelle dem k. k. wiener Landesgerichts-Adjuncten Dr. Leopold Adler verliehen.

Am 2. Dezember d. J. um 9 Uhr vormittags wird im Beisein der Staatschulden-Controlcommission des Reichsrathes in dem für Verlosungen bestimmten Saale im Banegebäude, Singerstraße, die 32. Verlosung der Serien des Lottos-Anlehens vom 1839 und die 43. Verlosung der Serien- und Gewinn-Nummern des Prämien-Anlehens vom Jahre 1864 vorgenommen werden.

Bon der k. k. Direction der Staatschuld.

Am 27. November 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 21. August 1872 vorläufig blos in der deutschen Ausgabe erschienenen XLV. Stücks des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Nr. 119 die Verordnung des Ministeriums der Finanzen, des Ministeriums für Cultus und Unterricht und des Justizministeriums vom 14. Juli 1872, betreffend die Rechtsver-

tretung der staatlichen Schulbehörden durch die Finanzprocuraturen;

Nr. 120 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 30. Juli 1872, betreffend die Anwendung der für die Hochschulen überhaupt geltenden Gesetze und Verordnungen auf die Hochschule für Bodenbau in Wien;

Nr. 121 die provisorische Verordnung des Ackerbauministeriums vom 31. Juli 1872 bezüglich der Habilierung und Function von Privatdozenten an der Hochschule für Bodenbau in Wien;

Nr. 122 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, betreffend die Würthamkeit der Immatrikulation an der Hochschule für Bodenbau bezüglich der anderen Hochschulen Wiens;

Nr. 123 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, betreffend die Matricelgebühr und das Unterrichtshonorar, welche an der Hochschule für Bodenbau in Wien zu erlegen sind;

Nr. 124 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, betreffend die Bestellung von honorierten Dozenten an der Hochschule für Bodenbau in Wien;

Nr. 125 die Verordnung des Ackerbauministeriums vom 1. August 1872, womit Liebergangsbestimmungen zur Verordnung vom 31. Juli 1872, betreffend die Habilierung von Privatdozenten für Bodenbau getroffen werden;

Nr. 126 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 4. August 1872 über die Errichtung einer Expositur des Hauptzollamtes in Prag am Bahnhofe der böhmischi-räder Eisenbahn zu Smichow;

Nr. 127 den Erlass des Finanzministeriums vom 9. August 1872 in Betreff der Zoll- und Verzehrungssteuerbehandlung der zur wiener Weltausstellung im Jahre 1873 einlängenden Gegenstände.

(Wr. Btg. Nr. 272 vom 27. November.)

Nichtamtlicher Theil.

Se. Exz. der Herr Ackerbauminister hat das vorgelegte Project einer Ausstellung der österreichischen Melkvieh-racen bei der Weltausstellung, welche die wiener Landwirtschafts-Gesellschaft im Einvernehmen mit den anderen Landwirtschafts-Gesellschaften zu veranstalten gedenkt, im Interesse der geeigneten Vertretung der österreichischen Rindviehzucht, bei dieser hervorragenden Gelegenheit und namentlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß dadurch während der ganzen Zeit der Ausstellung den Besuchern derselben Gelegenheit geboten wird, sich mit den österreichischen Viehracen bekannt zu machen, so berücksichtigenswert und im Interesse des ganzen Reiches liegend befunden, daß er für das Unternehmen, wenn es unter den angegebenen Modalitäten zur Durchführung kommt, einen Staatsbeitrag aus der Dotierung des Ackerbauministeriums in der Höhe von 20.000 fl. für das nächste Jahr in Aussicht stelle. Bei der Zufügung dieses Staatsbeitrages ging der Herr Minister von der Voraussetzung aus, daß von der Generalsdirection der Weltausstellung ein Platz für das Gebäude unentgeltlich überlassen und auch das Recht des Milch- und Kaffeeschankes ohne besondere Kosten eingeräumt wird. Die Abordnung eines Vertreters des Ackerbauministeriums in das zur Durchführung des Unternehmens bestimmte Comité wurde vorbehalten.

Vom Tage.

Die „Presse“ bringt in Betreff der in Aussicht stehenden Wahlreformvorlage unter dem 27. d. M. nachstehende Mittheilung: „Der letzte Rettungsanker der Föderalisten und Feudalen ist durch die Thatsache vernichtet, daß der unter Vorsitz des Monarchen abzu-haltende Ministrerrath, der unter andern auch den formellen Abschluß der Wahlreform bringen soll, für morgen anberaumt wurde. Die Gegner des Ministeriums waren infolge der mehrfachen Hinausschiebung des Conseils zu völlig unberechtigten Combinationen gelangt und gaben sich Hoffnungen und Erwartungen hin, die nur aus einer totalen Unkenntnis der Verhältnisse gezogen werden konnten. Die Festsetzung des Tages für den Ministrerrath blieb von ganz nebensächlicher Bedeutung. Beweis hiefür, daß noch gestern, und zwar aus rein formellen Gründen, ein weiterer Aufschub bis in die ersten Tage des kommenden Monats in bestimmte Aussicht genommen war und daß wieder Umstände rein formeller Art zu dem abändernden Entschluß führten, den Conseil heute zusammenzutreten zu lassen. Es ist kein Zweifel, daß denselben vorwiegend die Wahlreform-Vorlage beschäftigen wird. Die Ausarbeitung derselben hat die volle Billigung des Monarchen erhalten, worüber unzweideutige, mehr als mündliche Neuerungen vorliegen, was zumal den Feudalen nicht unbekannt sein sollte, wenn sie über die Stimmung in den Allerhöchsten Kreisen in der That so gut unterrichtet wären, wie sie

in ihrem Organe sich den Anschein geben. Bedeutsam wird der morgige Ministrerrath speziell für Galizien und Böhmen werden, als er auch über die Stellung dieses Kronlandes gegenüber der Wahlreform zu entscheiden haben wird und dies möglicherweise in Verbindung mit der Antwort geschehen wird, die dem galizischen Landtag über die Adresse zu ertheilen ist. Der Verlauf der Adressdebatte im galizischen Landtag konnte übrigens dem Ministerium keinen Anlaß geben, von seiner den Polen im allgemeinen nicht ungünstigen Position irgendwie abzugehen.“

Die wiener Blätter vom 27. d. beschäftigen sich fast durchwegs mit den nunmehr zu Ende geführten Adressdebatte im galizischen Landtag. Sie thun dies auf Grund der vorliegenden telegraphischen Berichte, welche der Natur der Sache nach nicht vollständig sein können. Mehrere Blätter constatieren, daß aus den Verhandlungen ein dem Ministerium freundlicher Ton hervorlinge. Die „N. Fr. P.“ findet an denselben zumal die gegen den Föderalismus gerichteten Neuerungen einiger hervorragenden Redner bemerkenswert, ein Umstand, welcher in gleicher Weise auch von der „Tagespresse“ hervorgehoben wird. Daß dem galizischen Landtag Gelegenheit geboten wurde, sich mit eelatanter Majorität gegen den Föderalismus auszusprechen, findet das „Fremdenblatt“ sogar als den hauptsächlichen praktischen Erfolg der Adressdebatte. Das „N. Frd.“ glaubt endlich darauf hinzuweisen zu müssen, wie zahlreiche und verschiedenartige Gegner die Adresse selbst in ihrer gemäßigten Form in der Repräsentanz Galiziens gefunden habe und wie die Anhänger derselben nur durch allerlei Compromisse zusammengehalten werden konnten.

Bur Action der Landtage.

(27. November.)

Niederösterreich. Der Landtag beschäftigt sich mit der Beratung des Gesetzes über die Vermittlungämter. Der betreffende Gesetzentwurf, hervorgegangen aus einem Compromiß zwischen Regierung, Landesausschuss und Gemeindeausschuss, wurde, da im Hause gegen denselben keine principiellen Bedenken hervortraten, mit wenigen unwesentlichen Modificationen in zweiter und dritter Lesung zum Beschuß erhoben. Desto lebhafter gestaltete sich die Discussion über die Regierungsvorlage, betreffend die Schonzeit des Wildes. Dr. Granitsch beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Diesem Standpunkte gegenüber vertraten die Abgeordneten des Großgrundbesitzes und der Städte die Ansicht, daß ein so lucrativer Zweig der Landesproduction, wie die rationelle Ausbeutung des Wildstandes, nicht ohneweiters beiseite geworfen werden könne, zumal der Schaden, den das Wild an Feld und Acker anrichte, in keinem Verhältnisse zu den national-ökonomischen Vortheilen stehe, welche gerade die Landbevölkerung aus dem Ertrage des erlegten Wildes ziehe. Die beinahe dreistündige Beratung, an welcher auch der Statthalter mit der Erklärung teilnahm, daß die Regierung die Notwendigkeit einer Änderung der Jagdgesetzgebung gerne anerkenne, schloß mit der Ablehnung einer vom Abgeordneten Dumba beantragten motivierten Tagesordnung.

Salzburg. Der Antrag Lienbachers, der Verwaltungsausschuss möge über die Bredilbahnangelegenheit noch in dieser Session Bericht erstatte, wird angenommen. Der Landeshauptmann heisst ein Telegramm des Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg mit, wonach eine Allerhöchste Entschließung betreffend die Wiedererrichtung des Bezirksgerichtes in Golling erflossen ist. Der Landtag bringt ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Zahlreiche Ausschussberichte wurden sodann erledigt.

Böhmen. Ruz und Genossen beantragen die Beschließung eines Gesetzentwurfes, durch welchen einige Paragraphen des Gesetzes vom 21. Jänner 1870 zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes an den öffentlichen Volksschulen abgeändert werden sollen. Ruz und Genossen beantragen entsprechende Abänderungen des Gesetzes über die Bezirksvertretungen. Die Berichte der Budgetcommission über den Rechnungsabschluß des Stiftsfonds, über die Befreiung der Offiziale und Assistenten vom Erlage einer Dienstaution und über den Zustand der aus dem Landesfonds dotirten landwirtschaftlichen Schulen werden genehmigt und hierauf Berichte des Petitionsausschusses verhandelt.

Schlesien. Der Reichsrathsabgeordnete F. v. Miller legt sein Mandat als solcher nieder. Der Gesetzentwurf einer Feuerpolizeiordnung wird angenommen.

Galizien. Biemialkowski, Chrzanowski und Kabat erneuern den Antrag auf Vermehrung der Abgeordneten für die Städte bis auf 35. Smolka appelliert den Regierungscommissär, warum ein Gesetzentwurf über die Amortisierung der vom Jahre 1853 bis 1867 dem galizischen Grundentlastungsfonds geleisteten Staatszuschüsse und die weitere staatliche Dotierung dieses Fonds im Reichsrath nicht eingebracht wurde. Folgt sodann die Generaldebatte des Strafengesetzes.

Steiermark. Der Landtag hat das Budget pro 1873 angenommen, die Subvention für die städtische Realschule abgelehnt, und für die neue Gewerbeschule 2000 fl. bewilligt. Unterrichtsminister Stremayr wohnte der Sitzung bei.

Kärnten. Abg. Leitgeb, Berichterstatter des Schulausschusses, beantragt die Mehreinstellung von 1000 fl. für Lehrmittel an Volksschulen. Einspieler beantragt, nur den vorjährigen Überschuss mit 1700 fl. für arme Gemeinden zu verwenden, ferner an slovenische Gemeinden slovenische Lehrmittel zu verabfolgen. Der Berichterstatter constatirt, daß slovenische Gemeinden deutsche Lehrmittel verlangen, weil sie die neuslovenische Sprache nicht verstehen; auch seien keine guten slovenischen Lehrmittel vorhanden. Abg. Rainer weist nach, daß die ganze Bewegung durch die clerical-nationalen Agitation künstlich hervorgerufen ist, der slovenischen Bevölkerung Zwang auferlege und den Bedürfnissen der selben nicht entspreche. Hoch bedauernswert sei die Agitation der slovenischen Geistlichen, namentlich der Krainer im Lande, wodurch die slovenische Bevölkerung, welche sich ganz als Kärtner fühlt, irregesetzt wird. (Lebhafte Bravo!) Der Regierungsleiter spricht für die Ausschlußanträge und gegen Einspieler. Für diesen erhebt sich nur der Fürstbischof. Die Ausschlußanträge werden mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Alle anderen Gegenstände der Tagesordnung haben nur lokales Interesse.

Bur Affaire Csernatony

läßt sich eine Correspondenz des „P. U.“ aus Wien unter dem 25. d. vernehmen, wie folgt: „Die Vorgänge im ungarischen Unterhause haben hier im verfassungstreuen wie im feudalen Lager aufmerksame Beobachter gefunden. Im letzteren kennzeichnen sich die Erwartungen, die man an diese Ereignisse knüpfte, zur Genüge durch zwei einfache Thatsachen, von denen die eine in dem Jubel der national-feudalen Presse über die hellsagenswerthen Szenen im ungarischen Unterhause, die andere darin besteht, daß das hiesige feudale Organ sofort den Namen Sennhey lancierte. In dem einen Momenten drückt sich die Hoffnung auf einen Umsturz aller Bestehenden, in dem anderen die Zuversicht aus, mit der man von Seite der hiesigen Reaction den Namen Sennhey für sich reklamieren zu können glaubt. Inwiefern eine solche Annahme eine berechtigte ist, wird man in Pest zunächst beurtheilen können, hier sei nur die Thatsache constatirt, daß unsere Elams, Thuns u. s. f. Herrn v. Sennhey als ihren Mann betrachten. Dieselben Gründe, welche die feudal-nationalen Organe aussuchzen ließen, mußten die Verfassungspartei mit Betrübnis und Besürftungen erfüllen. Hier ist man sich klar, daß mit dem Sturze eines von der Deakpartei vollständig getragenen Cabinets und dem Versuche, auch Ungarn zum Objecte für altconservative Projekte zu machen, der Parlamentarismus in Oesterreich an seinem Lebensabende stände. In der konstitutionellen Entwicklung unserer Westhälfte fehlt der altconservative Gedanke, wie er sich in Ungarn erhielt und selbst mit der modernen Entwicklung sich abzufinden gewußt hat, vollständig. Dem ungarischen Altconservatismus stünde hier die finstere Reaction gegenüber, die ihre erste Aufgabe darin erblicken würde, mit dem konstitutionellen Rechtsstaate nach einem bekannten Muster tabula rasa zu machen. Darum blickte man im verfassungstreuen Lager fast ängstlich nach den Vorgängen im ungarischen Parlament und im Deakclub und ist jetzt hoch befriedigt, daß das Cabinet Vonhah auch diese oppositionelle Feuerprobe siegreich bestand. Im allgemeinen war unsere Presse der Ausdruck dieser Stimmung, einzelne Organe ausgenommen, denen die Magyarophobie zur zweiten Natur geworden und die sich selbst in diesem für ihre eigene Partei bedeutsamen Momenten von ihr fortreißen ließen. In Ungarn werden wohl diese vereinzelten Stimmen nicht schwer genug in die Wagschale fallen, um über dieselben an die sympathischen Rundgebungen der gesammten liberalen Presse Oesterreichs für die ungarische Verfassungspartei zu vergessen.“

Sämtliche Blätter sprechen ihre Befriedigung über die Lösung der Affaire Csernatony aus. „Naplo“ schreibt: „Damit wir alle in uns lehren, damit wir alle ohne Ausnahme erkennen, was auf dem Spiele steht, um welche große Interessen des Landes es sich handelt, dazu war es vielleicht nötig, daß die Krisis sich so rasch entwickle, wie dies seit acht Tagen geschehen. Unter der Einwirkung all der erlebten Erscheinungen fühlten wir alle, daß es, geschehe was da will, so nicht weiter gehen könne. Allgemein wurde die

Überzeugung, daß wir auf eine abschüssige Bahn gerathen sind, die zum Abgrund leitet. Die heutige Stimmung gab Zeugnis von der Allgemeinheit dieser Überzeugung. Möchte doch die Versöhnlichkeit, die alle Parteien von ihrem Alpdruck befreit hat, dauernd sein.“

„Reform“ schreibt: Viele fragen, ob es nicht vernünftiger gewesen wäre, die Krisis durch Abstimmung, als durch die Unterhandlung zu lösen. Die Abstimmung hätte entweder die Regierung in offener Parlamentssitzung gestürzt, oder es würde sich für die Regierung eine Majorität ergeben haben, aus welcher die unverlässlichen Elemente weggeblieben wären. Eine solche Krise hing heute eine halbe Stunde nur an einem Haar. Niemand wollte aber, wie es scheint, die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, weder die amtsmüde Regierung, noch die Dealpartei, noch die Conservativen, noch die Opposition. Die Frage des quid tunc drückte ihr Gewissen. Lieber willigten alle in den Kompromiß ein, um ihr Herz zu erleichtern. Die Getreuen der Regierung wünschten die Krise, die Conservativen verlangten, daß Vonhah einfach den Antrag Györfy's annehmen möge, um solcher Weise den Aft unter den eigenen Füßen zu fällen, ein Theil der Dealpartei wünschte den Antrag Györfys im Club zu verhandeln, damit eine Ministerkrise nicht ohne Wissen und Einwilligung des frischen Franz Deal entschieden werde. Endlich kam man aber im Ministerrath überein, den Antrag Györfy's anzunehmen, wenn Csernatony dem Hause Abbitte leistet.“

Die Krise in Frankreich

wird von dem öffentlichen Blätter sehr eifrig besprochen. Der „Köln. Btg.“ erscheint die Situation in Paris minder drohend, als sie von anderer Seite her gekennzeichnet wird; wohl nähmen die schwarzen Punkte am politischen Horizonte zu und doch sei der wirkliche Ausbruch eines Gewitters nicht zu gewärtigen. Selbst wenn die Kerdrel-Commission mit einem scharf gegen Thiers gerichteten Antrage vor die Nationalversammlung hertreten sollte, so dürfte doch schließlich der Sieg dem Präsidenten der Republik gesichert bleiben, da, wie allgemein angenommen werde, im letzten Moment auch ein Theil des rechten Centrums sich für ihn entscheiden und ihm so die Majorität namentlich dann sichern würde, wenn er die Vertrauensfrage aufstellen sollte, eine Forderung, zu der ihn auch die zahlreichen Vertrauensadressen aus allen Theilen des Landes ermuthigen können.

Im Gegensatz zu dieser Ansicht betont die „Indépendance belge“ neuerdings, daß die Beziehungen zwischen Herrn Thiers und der durch die Kerdrel-Commission repräsentierten Nationalversammlung aufs äußerste gespannt seien. Auch die „Franz. Corr.“ sagt, daß beide Theile zum Neuersten entschlossen seien. Der Rechten werden gerüchtweise die verschiedensten Pläne zugeschrieben. Nach den einen wäre ihr künftiger Präsident General Changarnier, nach anderen Marschall Mac Mahon und wieder nach anderen Herr Grevy. Mittlerweile langen fortwährend Zustimmungsadressen für Thiers ein, der am 24. in Paris im Elysée eine Deputation von Kaufleuten empfing und dann nach Versailles zurückkehrte.

Unterm 24. d. wird der „Köln. Btg.“ aus Paris telegraphiert: „Von allen Seiten wird bestätigt, daß die Lage seit gestern viel ernster geworden ist. Der in der gestrigen Sitzung der Kerdrel-Commission von Thiers gestellte Antrag (Ernennung einer Commission zur Prüfung der Verfassungsform) hat keinen Anklang bei der Majorität gefunden. Nachdem Thiers sich entfernt hatte, beschloß die Commission, in dem Bericht, den Batbie abzufassen hat, die Frage in Betreff der Republik, deren Existenz nicht abgelehnt werden soll, ganz bei Seite zu lassen und einfach auf die Ernennung einer Commission anzutragen, welche die Beziehungen des Herrn Thiers zu Kammer regeln soll. Alle anderen Fragen können, wie im Berichte ferner gesagt werden soll, mit Nutzen nur nach der vollständigen Räumung des Territoriums gelöst werden, während die Regelung der Beziehungen zwischen der Executivgewalt und der Kammer nicht ohne Nachtheil zu vertagen ist. Der Kerdrel'sche Antrag soll verworfen werden. Wie man ferner vernimmt, wird der Bericht verdeckte Angriffe auf Thiers enthalten, den man gern wieder reißen möchte. Natürlich wird dieser sich das nicht gefallen lassen, sondern, wenn der Bericht in einem böswilligen Sinne abgesetzt ist, damit antworten, daß er die Kammer auffordert, zu erklären, ob er und seine Regierung ihr Vertrauen haben oder nicht. Dass er sich von der Majorität, wenn dieselbe auf die angegebene Weise wirklich vorgeht, nicht beugen wird, geht übrigens aus einem Artikel des „Bien public“ hervor, der sich sehr scharf, sogar drohend gegen die Majorität ausspricht. Er sagt, Thiers werde die Bedingungen der Commission nicht annehmen, sondern auf seine Entlassung antragen. Wie die Stimmung unter der Majorität ist, beweist zur Genüge die Sprache ihrer Blätter. Die legitimistische „Union“ beschuldigt Thiers, einen Gewaltstreich versuchen zu wollen, und mahnt die Versailler, auf ihrer Hut zu sein. Der „Français“ will, daß die Majorität fest zusammenhalte und sich hinter die Commission schare. Das Faktotum von Saint Marc Girardin, Leo, drückt sich im orleanistischen. „Journal de Paris“ auch sehr energisch dahin aus: wenn Thiers in der Commission wirklich so gesprochen, wie die Zeitungen mitgetheilt hätten, so müsse entweder er oder die Ma-

iorität abtreten. Die übrigen Blätter halten die Lage alle für sehr ernst. Der „Temps“ meint, Thiers habe sein Ultimatum gestellt, die Majorität das ihrige und da es nicht wahrscheinlich sei, daß das rechte Centrum sich von der Rechten trennt, um mit der Linken die Republik zu organisieren, so könne die Krisis noch sehr lange dauern.

Die Situation in Frankreich wird von den Londoner Blättern keineswegs als ernst und drohend aufgefaßt. „Times“ hält sich für überzeugt, daß Herr Thiers versöhnlich gestimmt und zu Concessions, so weit solche nur irgend möglich, bereit sei, während andererseits die Majorität der über den Kerdrel'schen Antrag berathenden Commission, obwohl sie der Rechten angehöre, doch von den friedlichsten Absichten ausgehe. Was den von einer Seite her in den Vordergrund gestellten Marschall Mac Mahon anbelange, so wolle dieser nichts davon hören, eventuell des Präsidenten Nachfolger zu werden.

„Daily News“ setzt den Franzosen auseinander, wie ein Rücktritt des Präsidenten in diesem Augenblicke von den ernstesten Folgen begleitet sein könnte und man daher trachten müsse, die Staatsmaschine andauernd in Gang zu bringen. Es sieht übrigens ein mehr oder weniger vollkommenes Einvernehmen zwischen Thiers und der Kammer zu erwarten; die letztere werde sicherlich von den Lehren der letzten Tage zu profitieren wissen.

„Daily Telegraph“ meint, die ganze Situation sei darin angethan, im Interesse Frankreichs den warmen Wunsch auszusprechen, daß Thiers als bewährter Regent recht lange am Ruder bleiben möge und nur „Standard“ räth dem Präsidenten, ohne weitere Umstände seine Drohung wahr zu machen und zurückzutreten, damit der ewigen Unentschlossenheit ein Ende gemacht werde.

Die „Nordd. allg. Btg.“ läßt sich bei Gelegenheit der Besprechung der französischen Ereignisse vernehmen wie folgt:

„Es wäre müßig zu eruieren, von welcher Seite die Initiative zu einem Streite ausgegangen, welcher heute den von der Majorität der Nationalversammlung berufenen Träger der Staatsgewalt dieser selben Majorität in einem fast unversöhnlichen Gegensatz gegenüberstellt. Man ist dahin nur durch Misverhältnisse, durch ein Verkennen der Lage und Pflichten gelangt. Der Pact von Bordeaux schuf nicht nur eine Basis der Beziehungen zwischen der Nationalversammlung als der zeitigen Trägerin der Nationalsoveränität und Herrn Thiers, dem von ihr berufenen Repräsentanten der letzteren, sondern er schuf damit auch eine Basis der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, jene Basis, auf welcher seitdem die in vieler Hinsicht für Frankreich erfolgreichen Verhandlungen stattgefunden haben. Diese Basis ist zu erhalten, bis der Zweck erreicht ist, zu welchem sie geschaffen worden, erscheint demnach heute als oberste Pflicht aller französischen Patrioten. Die strenge Rückkehr zum Pact von Bordeaux sollte allein die Lösung der augenblicklichen Krisis sein. Tragen auch heute die direct und indirect eingelaufenen Nachrichten ein ernstes Gepräge, so schließen sie doch die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung nicht aus. Die Ministerverantwortlichkeit, welche von der Rechten verlangt wird, ist bereits im Art. 2 der Constitution Nivel enthalten, es würde sich also nur um den Modus handeln, sie eventuell zur Anwendung zu bringen. Die Absehung einer Antwort auf die Botschaft, „weil der Präsident der Republik nur Deligierter der Nationalversammlung sei“, erscheint uns vollkommen correct. Herr Thiers steht zur Kammer faktisch nicht in dem Verhältnis, wie in andern Ländern die Krone zum Parlament. Er ist nur der Mandatar derselben, nicht ein gleichberechtigter Factor neben ihr. Herr Thiers will die Rückkehr zum Zweikammersystem, zur praktischen Verstärkung der Theorie von den drei gleichberechtigten Gemalten. Zwei derselben lassen sich allerdings herstellen, die dritte, die schwerwiegendste, mag als republikanische Präsidentschaft jenen beiden gleichberechtigt constituiert werden können, gleich berechtigt wird sie deshalb nie sein. Denn eine Revolution schafft kein Recht. Die Majorität der Nationalversammlung steht auf diesem Standpunkt. Seit achtzig Jahren hat man in Frankreich in schnell wechselnder Folge die Revolution zur Rechtsbasis genommen, — es ist den conservativen Fractionen nicht zu verdenken, wenn sie nach den Erfahrungen beinahe eines Jahrhunderts weitere derartige Versuche nicht mehr zulassen wollen.“

Politische Übersicht.

Laibach, 29. November.

Aus der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhaus vom 28. d. berichten wir folgendes: Justizminister Pausler legt einen Gesetzentwurf über die Kosten der Neuorganisation der Justizpflege in der Militärgrenze vor, welcher sofort dem Finanzausschüsse zugewiesen wird. — Referent August Pulszky reicht den Bericht der Commission für den Honvéd-Gesetzentwurf betreffend die Deckung des Pferdebedarfes im Mobilisierungsfalle ein. Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten und die Berathung des hauptstädtischen Gesetzentwurfes, respective die Debatte über die Einführung der Wirtschaftsstimmen fortgesetzt.

Die „Provinzial-Correspondenz“ meldet, der Kaiser werde die endgültige Bestimmung über die zur Sicht-

zung des Zustandekommens der Kreisordnung erforderlichen Maßregeln treffen. — Am 25. d. wurde in einer vertraulichen Sitzung des preußischen Staatsministeriums die Liste der neuen Pairs, welche ausschließlich hohe Beamte und große Grundbesitzer enthält, endgültig abgeschlossen. Die Sanction des Kaisers wird erwartet. An den Bemühungen, die Mehrheit des Herrenhauses umzustimmen, um den Paireschub zu vermeiden, nahm auch der Präsident des Herrenhauses teil.

Man hofft in Frankreich noch immer auf eine versöhnliche Wendung. Die Regierung beabsichtigt, der Nationalversammlung die Einsetzung einer Commission vorzuschlagen, die mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfs über die Ministerverantwortlichkeit so wie anderer in der Volkschaft angedeuteten Reformen betraut würde. Der Ministerrat wird endgültig über die anzunehmende Haltung Beschluß fassen.

Die italienische Kammer setzt die Beratung über das Budget des Ministeriums des Neuzern fort. In Beantwortung der Auslassungen eines Vorsitzenden sagt der Minister des Auswärtigen: Die Regierung gedenkt in ihrer Politik der Mäßigung zu verharren; sie will der klericalen Partei jeden Vorwand berechnen, sich Vertreter der religiösen Interessen zu nennen, indem sie dieselbe zu dem Gesindnis zwingt, daß sie kein anderes Programm habe, als einen europäischen Krieg zur Wiederherstellung der weltlichen Macht zu entfachen. Der Minister spricht weiters über den befriedigenden Zustand der internationalen Beziehungen, über das gute mit Deutschland bestehende Verhältnis und über den Zwischenfall in der Metercommission, welcher nach freundlichen Erklärungen beigelegt wurde. Er erwähnt ferner die Laurion-Frage, welche kleinen Schritt vorwärts gemacht hat, ungeachtet der Mäßigung des gegenüber der griechischen Regierung eingeschalteten Vorganges. Der Minister sagt schließlich: Die Interessen Italiens sind die Interessen Europas, d. h. der Friede, der liberale Fortschritt und die Erhaltung des Bestehenden in sozialer Beziehung.

Ein Telegramm aus Vulcain meldet: Fürst Karl hat am 27. d. die gesetzgebenden Kammern eröffnet. Die Thronrede kündigt an, daß die Eisenbahnlinien Pitești-Krajova und Thurn-Severin-Berecerowa demnächst gebaut und nach den bestehenden Gesetzen beendet werden. Das Erträgnis der Linien Pitești-Galatz-Roman lasse schon für heuer eine Verminderung der garantierten Annuitäten hoffen. Die Thronrede verspricht Reformen in allen Verwaltungszweigen und erklärt schließlich die Beziehungen zu dem Auslande für befriedigend. Der Fürst wurde bei Beginn und bei dem Schlusse der Thronrede enthusiastisch begrüßt.

Rafschid Pasha, gewesener General-Gouverneur des Vilajets Syrien, ist an Stelle Khalil Pashas zum Minister des Neuzern ernannt worden.

Präsident Grant erklärte gelegentlich eines Gesprächs, die Volkschaft werde keine politischen Veränderungen ankündigen. Wenn er in derselben eine Amnestie empfiehlt, so werde diese eine vollständige sein, unter der Bedingung, daß alle, welche derselben theilhaftig werden, einen Eid auf die Verfassung leisten. Es sei nicht notwendig, gegen den Norden eine freundlichere Erklärung zu geben als gegen den Süden. Präsident Grant wird dem Congresse auch Maßregeln bezüglich der in Genf bewilligten Entschädigung vorschlagen.

Dagesneuigkeiten.

Agrarischer Congress.

Der agrarische Congress in Wien 1873 wird sich mit den nachfolgenden Verhandlungsgegenständen beschäftigen:

1. Escheint die von mehreren Seiten angeregte Einberufung des agrarischen Congresses in bestimmten Zeiträumen oder dessen Umwandlung in eine stehende Institution notwendig.

2. Hat sich die seit dem ersten agrarischen Congress eingehaltene Art und Form des Verkehrs zwischen dem Ackerbauministerium und den Landwirtschafts-Gesellschaften als entsprechend für die gedeihliche Wirksamkeit der letzteren erwiesen oder werden hierin Änderungen beantragt und welche?

3. Welche Erfahrungen liegen über die von verschiedenen Seiten angeregte Frage vor, inwiefern die bisherige innere Organisation der Landwirtschafts-Gesellschaften auch zur Sicherung einer fachlichen Behandlung technischer Angelegenheiten genüge?

4. Lassen die bisherigen Erfahrungen bezüglich des Subventionswesens im allgemeinen oder bezüglich einzelner Zweige desselben prinzipielle Änderungen, sei es für das Gebaren des Ministeriums oder für jenes der Landwirtschafts-Gesellschaften, wünschenswerth erscheinen?

5. Werden bezüglich der Hebung des vom Ackerbau-ministerium subventionierten landwirtschaftlichen Unterrichtes geänderte oder neue Maßregeln vorgeschlagen?

6. Was kann geschehen, um das landwirtschaftliche Meliorationswesen im weiteren Sinne (insbesondere Be- und Entwässerung, Drainage, Umsystemisierung von Wirtschaften z. z.) von technischer und finanzieller Seite den Verhältnissen der einzelnen Länder entsprechend zu fördern? Empfiehlt es sich insbesondere, Staatsvorschüsse und unter welchen Bedingungen zu ertheilen, landwirtschaftliche Commissäre, Kulturingenieure, Wiesenbaumeister anzustellen und

eine bestimmte Form des speziellen Unterrichtes im landwirtschaftlichen Ingenieurwesen für verschiedene Stufen dieses Berufes zu adoptieren?

7. In welcher Weise wäre die Verallgemeinerung der Genossenschaften zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und Industrie am wirksamsten zu fördern?

8. Welche Maßregeln wären für die Hebung des landwirtschaftlichen Credits zu ergreifen?

9. In welcher Beziehung bedarf die agrarische Gesetzgebung vorzugsweise einer Ergänzung durch neue Gesetze und welche Prinzipien wären der letzteren zu Grunde zu legen?

— (Personalausricht.) Se. Excellenz der Herr Minister Dr. v. Stremayr besuchte in Graz die beiden Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen. Während seines fast zweistündigen Aufenthaltes in der Anstalt begab er sich in Begleitung des Directors in sämtliche Klassen und Abtheilungen, wohnt dem Unterricht bei, prüfte theilweise selbst und nahm Einsicht in die Schülerarbeiten.

— (Franz Deak) ist nun ziemlich hergestellt; bei seinem Erscheinen im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde er mit stürmischem Eiseln empfangen. Deak erhielt einen Besuch des Herrn Erzherzogs Josef.

— (Personalausrichten aus Steiermark.) Der l. l. Bezirkshauptmann 1. Klasse, Herr Gustav Gutman in Deutsch-Landsberg, ist über sein Ansuchen zeitlich pensioniert worden. Der Bezirkssommissär Dr. Michael Gstettenhofer wurde von Liezen nach Deutsch-Landsberg, der Conceptusadjunct Dr. Johann Hugel zur Bezirkshauptmannschaft Graz, die Conceptusadjuncten: Adolf v' Arailza von Leibnitz zur Statthalterei, Karl Viktor Bovolino zur Bezirkshauptmannschaft Liezen und Friedrich Markgraf von Marenzi zur Bezirkshauptmannschaft Leibnitz überzeugt.

— (Das florentiner Quartett) hat gestern in Florenz nachstehendes Programm ausgeführt: 1. Haydn I., „Quartett in D-dur.“ 2. Gotthard I. P., „Andante mit Variationen und Scherzo.“ 3. Beethoven L. van, Quartett in Es (op. 74).

— (Sternschnuppen.) In der Nacht vom 27. auf den 28. d. wurden, wie die „Grz. Btg.“ berichtet, in Graz häufige Sternschnuppenfälle wahrgenommen; der klare sternhelle Himmel war der Beobachtung dieser Naturscheinung sehr günstig. Die in die Stadt gekommenen Landleute und auch die mit der natürlichen Erklärung der Sternschnuppen nicht bekannten Leute aus den unteren Klassen der Gesellschaft ergingen sich in den verschieden Vermuthungen, was wohl diese, nur um „Laurenzi“ berechtigte Erscheinung jetzt, kurz vor dem Advent, zu bedeuten haben könne. — Blättern, Krieg, Theuerung oder einen „großen Sterb“ nannte man besorgt als die wahrscheinlichen Calamitäten, welchen diese Himmelserscheinung als Vorboten dienen sollte.

Locales.

Krainischer Landtag.

VII. Sitzung.

Laibach, 28. November.

(Fortsetzung und Schluß.)

Abg. Dr. Razlag weist auf die Wichtigkeit der Volkschule hin und betont: es sei bei Regelung des Volkschulwesens nicht nur auf die territorialen und klimatischen, sondern auch auf die sanitären Verhältnisse eines Landes Rücksicht zu nehmen. Bei einigen Kindern beginnt der Schulunterricht erst mit dem 7. oder 8. Lebensjahr; in diesen Fällen wäre die Unterrichtsdauer bis zum vollstreckten 12. Lebensjahr eine zu kurze. Auch Dalmatien und Istrien haben unter gewissen Beschränkungen das 14. Lebensjahr als Abschluß des Volkschulenunterrichtes angenommen; die Volkschule ist die Grundlage für Industrie und Ackerbau. Redner stimmt für den Minoritätsantrag — Schulpflichtigkeit bis zum vollstreckten 14. Lebensjahr; sollte der Antrag Costa durchgehen, so beantrage Redner den Besuch der Sonn- und Feiertagschule bis zum vollstreckten 15. Lebensjahr.

Abg. Baron Apfaltrein vertheidigt in längerer Rede den Antrag der Minorität, der conform mit der Regierungsvorlage; nur würde er eine einzige Abänderung in der Richtung wünschen: wann der Schulbesuch mit dem vollstreckten 12. Lebensjahr als abgeschlossen betrachtet werden kann. Redner beleuchtet den übeln Zustand unserer Volkschule, der nur durch Verlängerung der Schulpflicht bis zum vollstreckten 14. Lebensjahr, durch Heranziehung tüchtiger Lehrkräfte und ausreichende Bezahlung derselben zu beseitigen ist; durch die Annahme des Antrages der Majorität würden wir um ein Jahrhundert im Schulwesen zurückschreiten. Der Einwurf: die Eltern können die Kinder im Haushalte so lange nicht entbehren, ist nicht stichhaltig und des Beurteils der Kinder nicht würdig. Gegen den Einwurf, die Kinder hätten im 13. und 14. Lebensjahr nichts zu lernen, spricht das vorhandene reiche Lehrmaterial; der längere Volksschulunterricht werde auch jenen Kindern von Nutzen sein, die im elterlichen Hause verbleiben, und für jene, die in andere Schulen übertraten, ist er notwendig. Redner constatiert, daß Krain hervorragende

Talente aufzuweisen habe, daß man für eine gute Volkschule sorgen müsse; in dem Amendent Costa liege ein geistiges Armutsszeugnis; der Schulbesuch in der 1. und 2. Klasse sei kein so frequenter, daß man für eine kürzere Schulpflicht stimmen sollte; auch der Antrag Razlag bietet keinen Ersatz für eine längere Schulpflicht. Redner empfiehlt wärmstens den Minoritätsantrag.

Abg. Tavcar spricht sich im Interesse der Volksbildung für die Ausdehnung der Unterrichtsdauer aus, aber auf die Verhältnisse des Landvolkes müsse man Rücksicht nehmen; ein langjähriger Schulbesuch sei absolut unmöglich und mit vielen Schwierigkeiten verbunden, was Redner aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Redner beantragt eine Resolution: der Landesausschuss sei aufzufordern, ein Gesetz über die Fortsetzung des Unterrichtes in den Fortbildungsschulen auszuarbeiten und dem Landtag in der nächsten Session vorzulegen.

Abg. Deschmann spricht gegen die Anträge Costa und Razlag. Dem Antrag Costa stehen pädagogische und disciplinare Bedenken entgegen; es sei etwas missliches, die Dauer der Schulpflicht nach der Beschaffenheit einer Schule zu fixieren; eben solche Schwierigkeiten tauchen rücksichtlich der Schüler vom Lande und in den Städten auf; in Fabrikschulen werde in der Regel gar nur abends unterrichtet. Redner erklärt sich für den Minoritätsantrag, der allein den Bedürfnissen des Landes entspreche und alle Schwierigkeiten, welche durch den Majoritätsantrag und durch Amendenten entstehen, beseitige.

Abg. Dr. Bleiweis kann sich nicht für den Antrag Razlag erklären. Redner plädiert für den Antrag Tavcar und für die Resolution betreffend die Errichtung von Fortbildungsschulen, in denen die Schule jugend bis zum 16. Lebensjahr zu unterrichten wären. Das diesjährige Programm sei festzusetzen.

Abg. Kromer beruft sich auf die Motivierung Apfaltrein und Deschmann, betont, daß im Schulabschluß ausgezeichnete Fachmänner, auch Familienväter und Experten seien, die sich für das Minoritätsvotum erklärt haben. Gegen den Antrag Tavcar bemerkt Redner, daß man, wo es sich um die Intelligenzfrage handelt, kein solches Gewicht auf die Vermögensverhältnisse der Eltern legen solle, da doch der Wohlstand mit der Intelligenz eines Volkes gleichen Schritt hält.

Abg. Dr. Razlag erklärt, daß er missverstanden worden sei; er werde für den Minoritätsantrag stimmen, nur für den Fall, als der Majoritätsantrag angenommen würde, habe er den erwähnten Antrag gestellt; die fragliche Resolution wäre nur die Aufhebung der Fortbildungsschulfrage ad gratas calendas, mindestens bis zum Jahre 1874.

Hierach wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter Svetec erklärt sich für den Minoritätsantrag und widerlegt den Majoritätsantrag, constatiert, daß alle Provinzen das vollstreckte 14. Lebensjahr als Schluß der Schulpflichtigkeit annehmen; Krain könne nicht zurückbleiben, die Opfer des Landes werden keine großen sein, indem in Krain nur 51 p.C. der Bevölkerung die Schule besuchen; sind die Auslagen für die Schule größer, so werden auch die Erfolge größer sein. Der Minoritätsantrag ist der Rahmen, in dem sich auch unser Volkschulwesen entwickeln muß. Der Redner deutet noch auf die vielen Anträge und Amendenten hin und empfiehlt unter großem Beifall des Hauses dringend das Minoritätsvotum.

Über Antrag des Abg. Horak wird über den Antrag Costa abgestimmt und derselbe angenommen, ebenso wurde der Resolutionsantrag Tavcar genehmigt und der Antrag Razlag abgelehnt.

Abg. Pintar beantragt zu § 24, daß die Kontrolle der Schulkataloge nicht halbmonatlich, sondern monatlich stattfinden solle.

Abg. Deschmann spricht aus pädagogischen Rückblicken dagegen; der Berichterstatter vertheidigt den Abschlußantrag, und der Antrag Pintar wird abgelehnt.

Abg. Razlag beantragt zu § 37 und 38 die Aufhebung des Schulgeldes; das Schulgeld sei als Hemmschuh für arme Schüler anzusehen.

Abg. Kromer hält den Antrag Razlag für verfrüht, überdies würde er dem Lande große Auslagen aufbürden.

Abg. Zagorec spricht für die Aufhebung des Schulgeldes.

Berichterstatter Svetec vertheidigt den Abschlußantrag; der Antrag Razlag wird abgelehnt.

Abg. Deschmann spricht sich bei § 44 für die Fassung nach der Regierungsvorlage aus.

Der Antrag Razlag: daß die Gehalte der Volkschullehrer von Abzügen zu Schulzwecken befreit werden, fällt und wird die ursprüngliche Fassung angenommen.

Der Gesetzentwurf wird hierach in 2. und 3. Lesung angenommen.

Wegen vorgerückter Stunde werden die Punkte 2, 5, 6 und 9 von der Tagesordnung abgesetzt und die erste Lesung von den Punkten 3, 4, 7 und 8 vorgenommen.

Abg. Dr. Razlag begründet seinen in der letzten Sitzung gestellten Antrag in Betreff der Abänderung einiger Bestimmungen des Wehrgesetzes wegen Begünstigung der Candidaten der Theologie. Redner betont die Wichtigkeit der theologischen Studien, weist darauf hin,

daß den Hörern weltlicher Facultäten besondere Begünstigungen zuteil wurden, insbesondere den Medizinern, die ihr Freiwilligenjahr als Elven des militärärztlichen Dienstes vervollziehen können. Redner stellt den Antrag, es sei sich dahin zu verwenden, daß auch den Studierenden der Theologie die Begünstigung zuteil werde, ihre Studien auch nach erfolgter Aufführung fortsetzen und die Ordination erlangen zu können. Dieser Antrag wird dem Gemeindeausschüsse zugewiesen.

Der Herr Regierungsvertreter wird die Interpellation des Abg. Dr. Costa in Betreff des Aushilfskassavereines der Industriellen in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Nächste Sitzung Montag den 2. Dezember.

— (Ernennungen.) Das k. k. Oberlandesgericht für Steiermark, Kärnten und Krain hat den Diurnisten Jakob Springer zum Kanzlisten bei dem k. k. Bezirksgerichte Ilirisch-Festitz ernannt und den Kanzlisten des Bezirksgerichtes Seneschetsch, Jakob Belepic auf sein Ansuchen zu jenem in Stein in Krain überzeugt.

— (Theateranzeige.) Herrn Karl Carode, unserm ersten Helden und Liebhaber, ist es gelungen, das auf dem neuesten Repertoire des Hofburgtheaters in Wien stehende Bühnenwerk „Ein Bruderzwist im Hause Habsburg“, Drama in fünf Akten von Grillparzer, mit bedeutenden Auslagen zu acquirieren. Herr Karl Carode wird uns dieses neueste hervorragende Drama unter Mitwirkung sämmtlicher hiesigen Bühnenkräfte mit großem Aufwande am Dienstag d. 3. k. M. in seiner Benefizvorstellung vorführen. Der uns in Aussicht stehende dramatische Hochgenuss und Herrn Carode's bisherige vorzügliche Leistungen in den Vorstellungen „Mutter und Sohn“, „Uriel Acosta“, „Kabale und Liebe“, „Pasquill“, „Müller und sein Kind“, „Gesangnis“, „Der letzte Nationalgardist“, „Stiftungsfest“ u. m. a. berechtigen zu der Annahme, daß die höchst interessante Theatervorstellung am 3. k. M. sehr zahlreich besucht werden wird.

— (Eine Pressefeier) wollen, wie „Slov. Mar.“ erfährt, auch die Studenten slovenischer Zunge an der wiener Universität begehen. — In Wippach veranstaltet die Čitalnica am 1. k. M. einen Festabend mit Gesang, Declamation, Aufführung des Lustspiels: „Grüß Euch Gott“ und Tombola.

— (Linie Triest-Vad.) Wie „Tergeste“ meldet, arbeiten die Ingenieure Südenhorst, Buzzi und Ballon eifrig an der projectierten Linie Triest-Lack, und das betreffende abgeänderte Project werde binnen kurzem vollendet sein.

— (Von der Kronprinz Rudolfsbahn.) Auf der Strecke Altenmarkt-Rottenmann (888 Meilen) waren vom 1. bis 15. November durchschnittlich 676 Arbeiter beschäftigt, darunter 254 Erdarbeiter, 119 Handlanger, 11 Steinmeile, 73 Maurer, 61 sonstige Professio-nisten u. c. Nach den Perzentägen der fertigen Arbeiten, die sich zwischen 92 und 99 bewegen, dürfte diese Strecke in Kürze betriebsfähig werden.

— (Theaterbericht vom 29. d.) Das wohl nur schwach besuchte Haus wurde durch die vorzügliche Aufführung der beiden Lustspiele: „Die Liebe im Echause“ von Lebrun, und „Des Nächsten Hausfrau“ von Julius Rosen in die rosigste, heiterste Laune versetzt. Die verwickelten Szenen des ersten Stücks spielten sich recht lebendig ab. Sämtliche Darsteller: die Herren Röder, Carode und Hofbauer, die Damen Brambilla, Brand und Kroese wurden nach jedem Abschluß beifällig hervorgehoben. Der Glanzpunkt des Abends war Rosen mit Humor und Witz ganz nach der Natur excellent gearbeitetes Lustspiel. Als hervorragende Leistung müssen wir jene der Frau Kroese (Camilla, Frau) bezeichnen; Maske und Spiel erschütterten unser Zwerchfell. Fräulein Brambilla gab die Camilla (Nichte) äußerst fein und schafthaft. Herr Midaner war als „Löffelmann“ urgemüthlich;

Börsenbericht. Wien, 28. November. Die Grundtendenz der Börse ist unveränderte Neigung zur Haufe. Allein die Börse wird durch äußerliche Umstände gehindert, dieser ihrer Tendenz zu folgen. Die Verwirrungen im Arrangement und die Ungewissheit darüber, wann und wie diesem Zustand ein Ziel gesetzt werden wird, die Stockungen in der Börsenkategorie von Papieren und namentlich nicht die Anlagespapiere betreffen.

A. Allgemeine Staatschulden.

Für 100 fl. Geld Waare

Einheitliche Staatschuld zu 5 p. Et.

in Noten verzinst. Mai-November 66.30 66.40

Februar-August 66.30 66.40

Silber Jänner-Juli 70.60 70.75

April-October 70.50 70.70

Gold v. J. 1839 338.30 340.00

1854 (4%) zu 250 fl. 96. 97.

1860 zu 500 fl. 103. 103.25

1860 zu 100 fl. 125. 126.

1864 zu 100 fl. 148. 148.50

Gaats-Domänen-Pandbriefe zu

120 fl. s. B. in Silber 114. 114.50

B. Grundentlastungs-Obligationen.

Für 100 fl. Geld Waare

Böhmen 96.50 97.

Galizien 77.75 78.50

Nieder-Oesterreich 95. 96.

Ober-Oesterreich 91.50 92.50

Siebenbürgen 77. 77.50

Steiermark 91.50 93.

Ungarn 79.75 80.50

C. Andere öffentliche Anleihen.

Donauregulierungslöse zu 5 p. Et. 98.25 98.75

U. g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl. 100.50 101.

ung. Prämienanleihen zu 100 fl. 101.75 102.

s. B. 75 fl. Gangafl. pr. Silie 101.75 102.

G. Wiener Communalanlehen, rück. Geld Waare

zahlbar 5 p. Et. für 100 fl. 88.80 84.10

H. Aktien von Bankinstituten.

Geld Waare

Anglo-Österl. Bank 385.25 385.75

Baukverein 373. 375. —

Boden-Creditanstalt 282. 284. —

Creditanstalt f. Handel u. Gew. 343.50 343.75

Creditanstalt, allgem. ungar. 137. 138. —

Depositenbank 138. 139. —

Escompte-Gesellschaft, n. ö. 1100. 1105. —

Franco-Österr. Bank 141.50 142. —

Handelsbank 309. 309.50

Nationalbank 980. 982. —

Unionbank 280.50 281. —

Vereinsbank 206.75 207. —

Berlehrbank 253. 254. —

G. Aktien von Transportunternehmungen.

Geld Waare

Alsföld-Humaner Bahn 174. 174.50

Böh. Westbahn 237.75 238.25

Carl-Ludwig-Bahn 650. 652. —

Donau-Dampfschiff. Gesellsch. 250. 250.50

Elisabeth-Westbahn (Einz. Bahn) 102. —

Ferdinand-Nordbahn 2110. 2125. —

Günzleben-Bahn 102. —

H. Aktien der Bahnunternehmen.

Geld Waare

Grazer-Josephs-Bahn 218. 218.50

Lemberg-Czern.-Joschke-Bahn 149. 149. —

Ölond, Österr. 580. 582. —

Österr. Nordwestbahn 218. 218.50

Siebenbürgen-Bahn 173.50 174. —

Staatsbahn 342.50

Südbahn 202.50

Südb.-nord. Verbind. Bahn 171. 172. —

Theiß-Bahn 248.50 249. —

Ungarische Nordostbahn 157. 158. —

Ungarische Ostbahn 136. 136.50

Tramway 392. 392.50

F. Pfandbriefe (für 100 fl.)

Geld Waare

Aug. öst. Boden-Credit-Anstalt 100.50 100.75

verlösbar zu 5 p. Et. in Silber 87.75 88. —

die in 33 J. rück. zu 5 p. Et. in s. B. 90.70 90.90

Nationalb. zu 5 p. Et. s. B. 87. — 87.25

Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 p. Et. 98.50 98.70

G. Prioritätsobligationen.

Geld Waare

R. Witzn-Ducaten 5 fl. 15 fr. 5 fl. 17 fl.

Napoleonsbör. 8 fl. 69. 8 fl. 70. —

Preuß. Lottoscheine 1 fl. 63. 1 fl. 63. —

Ferd. Lottoscheine 108 fl. 25 fl. 108 fl. 50 fl.

G. Aktien der Bahnunternehmen.

Geld Waare

G. Akt